Ute Repschläger neue SHV-Vorsitzende

Erschienen am 13.01.2017

Neue Vorsitzende des Spitzenverbands der Heilmittelverbände (SHV) e. V. ist Ute Repschläger, in Personalunion Vorsitzende des IFK. Sie ist Nachfolgerin von Karl-Heinz Kellermann, Vorsitzender des Verbandes Physikalische Therapie - Vereinigung für die physiotherapeutischen Berufe (VPT) e. V.

Der SHV ist der Zusammenschluss der vier Heilmittelverbände DVE, IFK, VPT und ZVK auf Bundesebene und damit Vertragspartner des GKV-Spitzenverbandes gemäß §§ 92 Abs. 6 und 125 Abs. 1 SGB V sowie Anhörungsberechtigter gegenüber dem Gemeinsamen Bundesausschuss. Die Funktion des Vorsitzenden wechselt im dreijährigen Rhythmus. Der SHV vertritt ca. 48.500 freiberufliche Heilmittelpraxen mit rund 286.000 Mitarbeitern und einem Umsatzvolumen allein in der Gesetzlichen Krankenversicherung in Höhe von rund 6,1 Mrd. Euro.

Die zentrale Aufgabe des SHV in den nächsten drei Jahren sieht Ute Repschläger darin, die Bedeutung der Heilmittelberufe in Ergotherapie und Physiotherapie in unserer Gesellschaft des längeren Lebens noch stärker zu verdeutlichen. Ohne die Heilmittelerbringer kann die nachhaltige Versorgung in der Fläche nicht sichergestellt werden. Die ärztlich verordneten Therapiemaßnahmen als persönliche Dienstleistung der Heilmittelerbringer kommen tagtäglich in hoher Qualität vielen Betroffenen direkt zugute. Zu oft wird jedoch durch kurzsichtige Einsparungen nicht nur die Lebensqualität der Menschen beeinträchtigt, längerfristig muss auch mit höheren Kosten, wie aufgrund von Pflegebedürftigkeit, gerechnet werden.

Zu einer verbesserten Versorgung können hierbei auch veränderte Aufgabenteilungen im Gesundheitswesen beitragen, z. B. der Direktzugang des Patienten zum Therapeuten, wie die 89. Gesundheitsministerkonferenz bereits am 29./30. Juni 2016 einstimmig festgestellt hat.

Zentrales Thema, das von der Gesundheitspolitik im Rahmen des Heil- und Hilfsmittelversorgungsstärkungsgesetzes (HHVG), ganz aktuell diskutiert wird, ist die Attraktivität der Berufsausübung. Rückläufige Ausbildungszahlen, eine zu kurze Verweildauer im Beruf haben inzwischen auch die Politik alarmiert. Die Berufsausübung muss finanziell attraktiver werden, die Berufsangehörigen wollen aber auch mehr Kompetenzen z. B. im Rahmen des Direktzugangs.